

No 3

Schweizerische Gesandtschaft.

Accusé récépt. 6 14 5 96
 Berlin, den 12 Januar 1896.

No 1. -



1 En circulation
 2 aux légations
 3 acc. réception L.

Hochgeachteter Herr Bundespräsident!

Als ich vor einiger Zeit den Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Baron von Marschall, anlässlich des wöchentlichen nachmittags-Empfangs der Chefs de Mission besuchte, begegnete ich bei demselben betreffend die Vorgänge in dem Transvaal-Staat einem erklärten Misstrauen gegen das offizielle England. Er betonte mit besonderem Accent wie die englische Regierung notorisch fortgesetzt versuche, europäische Complicationen hervorzurufen. So neuern Datum's wieder im Orient. Auch die gedachten Vorfälle in der südafrikanischen Republik - führte er weiter aus - bieten, so weit man bis jetzt über dieselben unterrichtet sei, diese und jene Anhaltspunkte für die Annahme, dass das londoner-Cabinet denselben nicht ferne stehe.

An das
 Schweizerische Politische Departement,
Bern.

Die



Die Kaiserliche Regierung habe sich dem auch veranlaßt gesehen, dasselbe ohne Verzug um Auskunft über dessen Auffassung und Absichten zu ersuchen. Und da man hier auf Grund der schon damals eingegangenen Berichte von vornherein bestimmt annehmen zu müssen glaubte, England werde in seiner Vernehmung die südafrikanische Republik betreffend Suzeränitätsrechte geltend machen, bezw. also einen mit der Unabhängigkeit und Souveränität derselben nicht vereinbaren Standpunkt einnehmen, so habe der Kaiser es als opportun erachtet, durch sein Telegramm an den Präsidenten Krüger a priori klar zu stellen, daß er und seine Regierung einer solchen Interpretation des Vertrags zwischen dem Transvaalstaat und Großbritannien vom 27 Februar 1884 entschieden entgegengetreten müßten. Dieses Telegramm sei in seinem ganzen Wortlaut in einer Konferenz zwischen dem Kaiser einer = und dem Reichskanzler Fürst Hohenlohe und ihm, Baron Marschall, anderseits festgestellt worden, sozusagen jedes Wort desselben sei Gegenstand der reiflichsten Erwägungen gewesen,

die
 2.

die Hauptbetonung habe man aber auf die Unabhängigkeit des Transwaalsstaates gelegt wissen wollen.

Betreffend die deutsche Auffassung über die durch den oben citirten Vertrag vom Jahre 1884 geschaffene Situation des Transwaalsstaates darf ich Sie auf den in der Anlage mitfolgenden officiösen Artikel der Kölnischen Zeitung, reproducirt in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung (N^o 10, vom 7 d. Mts. Abend. Ausgabe) verweisen.

Bei einem erneuerten Besuche (vor wenigen Tagen) fand ich dann aber Baron Marschall ganz erheblich calmirt. Auf meine Frage, wie das Londoner-Kabinet sich zu den fraglichen deutschen Demarchen stelle, antwortete er, dasselbe habe die bestimmte Absicht zu erkennen gegeben, dem Vertrage von 1884 in allen Theilen nachzuleben; auch betreffend Desavouierung von Dr Jameson und Consorten und Cauteken gegen erneuerte Bedrohung der öffentlichen Ordnung im Transwaalsstaat seien beruhigende Zusicherung ertheilt worden und es habe sich demzufolge die Situation so gestaltet,

dass

dass der diesbezügliche Meinungsanstausch zwischen Regierung und Regierung und speciell seine, Barou Marschall's „Unterhaltungen“ mit dem hiesigen englischen Botschafter in der denkbar ruhigsten und verbindlichsten Weise weitergeführt werden.

Vor der Hand sei es also lediglich das nicht offizielle England, welches ernstere Differenzen zu provozieren suche und da es den Boeren aus eigener Kraft gelungen sei, den statu quo ab ante bereits wieder herzustellen, so liege kein ernster Grund für die Annahme vor, die englischen Offiziellen könnten sich aus ihrem dermaligen, eine Verständigung à l'amiable tendirenden Verhalten schliesslich doch noch herausdrängen lassen.

So sprach sich mutatis mutandis Barou Marschall bis jetzt mir gegenüber aus.

! Auf die Frage eines meiner Collegen, wozu denn bei dieser Sachlage die englischerseits angeblich angeordneten Partial-Rüstungen, antwortete Barou Marschall, es sei ihm in

zu
/

zuverlässiger Weise versichert worden, dieselben seien weder gegen Deutschland, noch gegen die Transwaal. Republik gerichtet, sondern vielmehr zum Zwecke der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in der Kap. Kolonie in Aussicht genommen worden.

Bei allem dem vermißt man aber bis jetzt noch eine bestimmte Erklärung des englischen Cabinets dahin gehend, daß es auf Grund des Vertrages vom 1884 die Souveränität und Unabhängigkeit des Transwaalstaates rückhaltlos anerkennt. Um diese Frage dürften sich denn auch die weiteren Parapleren zwischen Berlin und London drehen und. bleibt nun abzuwarten, ob. sich nicht diesbezüglich doch noch Meinungsdivergenzen mit unerwünschten Consequenzen geltend machen.

Genehmigen Sie, Herr Bundespräsident,
die erneuerte Versicherung meiner ausgezeichneten
Hochachtung.

Ihr ergebener:



1 Beilage.